



Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge



# Integration Migration Literatur verfahren Rechtsfragen

## Entscheiderbrief

Informations-Schnelldienst

# 4/2019

## Inhalt

### Verfahren

Die Sonderbeauftragten für Sicherheit im Asylverfahren	2
Kostenlast bei Verfahrenserledigungen	2
Länderreport 10: Iran Situation der Christen	3

### Aktuelle Rechtsfragen

Aus der Rechtsprechung	3
------------------------	---

### Blick zum Nachbarn

EU-Partnerbehörde: Griechenland - Greek Asylum Service (GAS)	6
---	---

### Was sonst?/Literatur

IZ Asyl und Migration weist hin auf	8
-------------------------------------	---

## Die Sonderbeauftragten für Sicherheit im Asylverfahren

Das Bundesamt ist gesetzlich verpflichtet, mit den Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden des Bundes und der Länder zusammenzuarbeiten. Aus diesem Grund beschäftigt jede Außenstelle des Bundesamtes besonders geschulte Sonderbeauftragte für Sicherheit im Asylverfahren. Als erfahrene Entscheiderinnen bearbeiten sie zusätzlich zu ihrer regulären Tätigkeit Asylverfahren mit besonderem Sicherheitsbezug. Zu ihren Aufgaben gehört auch die Sensibilisierung der Mitarbeitenden des Bundesamtes für Sicherheitsaspekte. Wo zeigen sich Auffälligkeiten und wie ist darauf zu reagieren? Bei Hinweisen auf Extremismus, Terrorismus, Straftaten, Menschenhandel, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und illegalen Schleusertätigkeiten ist gemäß der Dienstweisung Sicherheit das Sicherheitsreferat zu informieren. Die Sicherheitsbeauftragten koordinieren dann

die Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsreferat. Sie sind Ansprechpartner innerhalb der Außenstelle und bearbeiten täglich eine Vielzahl von Anfragen der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden zu laufenden und beendeten Asylverfahren.

*Michael Möwes, 51 I*

## Kostenlast bei Verfahrenserledigungen

Bei der Abgabe von Erledigungserklärungen in anhängigen Klageverfahren wird häufig eine Aussage zur Kostenlast vergessen, so dass im Regelfall dem Bundesamt die vollen Verfahrenskosten auferlegt werden. Deshalb empfiehlt es sich, spätestens zusammen mit der Erledigungserklärung auch zu diesem Punkt eine Aussage zu treffen. Beispiele:

### 1. Dublin-Verfahren: Eintritt ins nationale Verfahren wegen Ablaufs der Überstellungsfrist

Nach § 161 II VwGO ist bei der Kostenentscheidung der bisherige Sach- und Streitstand zu berücksichtigen, d. h. in erster Linie ist auf die Erfolgsaussicht der Klage unmittelbar vor Eintritt des erledigenden Ereignisses abzustellen<sup>1</sup>. Die Klage wäre bis zum Eintritt des erledigenden Ereignisses (Ablauf der Überstellungsfrist) voraussichtlich ohne Erfolg geblieben, weil der angefochtene Bescheid zu diesem Zeitpunkt rechtmäßig war.

Bei der Kostenverteilung ist darüber hinaus zu berücksichtigen, dass der Ablauf der Überstellungsfrist des Art. 29 II Dublin-III-VO während des gerichtlichen Klageverfahrens grundsätzlich nicht der Sphäre des Bundesamtes zuzuordnen ist, da für die Durchführung der Abschiebung/Rücküberstellung die Ausländerbehörden und Polizeien der Länder zuständig sind (vgl. § 71 I 1, V AufenthG). Das Bundesamt seinerseits reagiert regelmäßig nach Ablauf der Überstellungsfrist zeitnah und hebt den angefochtenen Dublin-Bescheid auf.

Schließlich ist es dem Kläger zuzurechnen, wenn er der Ausreiseverpflichtung in den zuständigen (EU-)Staat nicht freiwillig nachkommt.

<sup>1</sup> Vgl. Fehling/Kastner/Störmer, Handkommentar Verwaltungsrecht, 4. Aufl. 2016, § 161 VwGO Rn. 31 m.w.N.

Die Verfahrenskosten sind deshalb dem Kläger aufzuerlegen<sup>2</sup>.

## 2. *Verfahrensfortführung nach Einstellung wegen Nichtbetreibens (§§ 32, 33 AsylG) oder bei Unbeachtlichkeitsentscheidungen (§§ 26a, 27, 29, 37 AsylG)*

Unter Hinweis auf den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 08.01.19 – BVerwG 1 C 42.18<sup>3</sup> – wird beantragt, die Kosten des Verfahrens den Beteiligten je zur Hälfte aufzuerlegen.

Über die Kosten des Verfahrens ist unter Berücksichtigung des bisherigen Sach- und Streitstands nach billigem Ermessen zu entscheiden (§ 161 II 1 VwGO). Billigem Ermessen entspricht es in der Regel, demjenigen Verfahrensbeteiligten die Verfahrenskosten aufzuerlegen, der das erledigende Ereignis aus eigenem Willensentschluss herbeigeführt hat oder der ohne das erledigende Ereignis bei summarischer Prüfung der Sach- und Rechtslage voraussichtlich unterlegen wäre<sup>4</sup>. Vorliegend kann die Kostenentscheidung jedoch auf keinen dieser Gesichtspunkte gestützt werden.

Zwar hat sich der Rechtsstreit über die Rechtmäßigkeit der Einstellung des Asylverfahrens des Klägers wegen Annahme der Rücktrittsfiktion nach § 32 i.V.m. § 33 II 1 Nr. 2 AsylG (bzw. der Unbeachtlichkeitsentscheidung) im Bescheid des Bundesamts durch die nunmehr erfolgende Sachentscheidung erledigt. Daraus ergibt sich aber nicht, dass sich das Bundesamt freiwillig in die Rolle des Unterlegenen begeben hat. Es war vielmehr aufgrund des Antrages des Klägers auf Fortführung des Asylverfahrens zu der Entscheidung gehalten.

Der in § 161 II VwGO zum Ausdruck kommende Grundsatz der Prozesswirtschaftlichkeit befreit das Gericht nach Erledigung des Rechtsstreits in der Hauptsache davon, abschließend über den Streitstoff zu entscheiden. Hat der Rechtsstreit bisher höchstrichterlich nicht geklärte Rechtsfragen aufgeworfen, kann deshalb der Verfahrensausgang in aller Regel nicht anhand einer nur noch summarischen Prüfung hypothetisch prognostiziert werden.

Unter solchen Umständen entspricht es billigem Ermessen, die Verfahrenskosten zwischen den Parteien entsprechend § 155 I VwGO angemessen zu verteilen.<sup>5</sup>

Das gilt auch im vorliegenden Fall, in dem z.B. die Frage der Voraussetzungen für die Annahme eines „Untertauchens“ im Sinne des § 33 II 1 Nr. 2 AsylG (bzw. eine andere zutreffende Fallkonstellation) höchstrichterlich noch nicht geklärt ist. Es ist deshalb billig, die Kosten des gesamten Rechtsstreits im Verhältnis zwischen dem Kläger und der Beklagten zu teilen.

Lars Möller, 61D

<sup>5</sup> (vgl. BVerwG, B. v. 07.02.07 – 1 C 7.06 – juris).

## Länderreport 10: Iran Situation der Christen

Der Länderreport 10 befasst sich mit der Situation der Christen im Iran. Sie finden dort Informationen zu den verschiedenen Aspekten, angefangen von der Zahl der Christen über Informationen zu den Kirchen bis hin zur Situation der Konvertiten.

Der Report kann in MILO unter <http://milo.prod.intern/> über den Pfad: Land - Analysedokumente - Analysen Deutschland - 2019 bzw. auf [www.bamf.de](http://www.bamf.de) unter Infothek - Publikationen abgerufen und öffentlich verwendet werden.

Thomas Kreitschmann, 62F

## Aus der Rechtsprechung

### *BVerwG sieht noch Klärungsbedarf bei Schutz in EU-Staaten und drohenden Verstößen gegen Art. 3 EMRK*

Am 19.04.19 hat das BVerwG (Az. 1 C 2.17) beschlossen, seinen Vorlagebeschluss an den EuGH vom 02.08.17 teilweise aufrechtzuerhalten.

Das BVerwG sieht weiterhin Klärungsbedarf bei der Frage,

<sup>2</sup> In diesem Sinne: VG Göttingen, B.v. 31.12.13 – 3 A 778/13, juris <5635566>; VG München, B.v. 11.07.14 – M 21 K 14.30481, juris <5635873>; VG Ansbach, B.v. 24.11.15 – AN 14 K 15.50328, juris Rn. 8 ff. <5932954>; VG Trier, B.v. 30.11.17 – 5 K 13029/17.TR <7188137>; VG Minden, B.v. 04.06.18 und vom 29.11.18 – 10 K 9516/17.A <7181666>.

<sup>3</sup> BVerwG, B.v. 08.01.19 – BVerwG 1 C 42.18 <6848928>, MILO.

<sup>4</sup> BVerwG, U. v. 06.04.89 – 1 C 70.86, BVerwGE 81, 356 <362 f.>.

welche Rechtsfolgen an einen Verstoß gegen das Verbot der unmenschlichen Behandlung aus Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) bzw. dem weitgehend gleichlautenden Art. 4 der EU-Grundrechtecharta (GRC) geknüpft sind. Diese Frage ist insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeit der Antragsablehnung als „unzulässig“ relevant.

Aus Sicht des BVerwG hat der EuGH am 19.03.19 in der Ibrahim-Entscheidung (Rs. C-297/17) lediglich dahin erkannt, dass Art. 33 der EU-Verfahrensrichtlinie es nicht verbiete, einen Antrag als unzulässig abzulehnen, wenn einem Antragsteller in einem anderen Mitgliedstaat bereits subsidiärer Schutz gewährt worden ist und er keiner ernsthaften Gefahr ausgesetzt wäre, aufgrund der Lebensumstände im Mitgliedstaat, eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung im Sinne von Art. 3 EMRK zu erfahren.

Eine ausdrückliche Aussage habe der EuGH nicht zu der Frage getroffen, ob Art. 33 der Verfahrensrichtlinie eine Entscheidung als unzulässig verbietet, wenn aufgrund der Lebensumstände, die ihn im Mitgliedstaat als Flüchtling erwarten würden, der Antragsteller einer ernsthaften Gefahr der unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung nach Art. 3 EMRK ausgesetzt wäre.

Nach Ansicht des BVerwG sei es nicht eindeutig und zwingend einen Umkehrschluss in diese Richtung zu ziehen. Insoweit wird der Vorlagebeschluss an den EuGH aufrecht erhalten.

Zudem lässt das BVerwG durchblicken, dass es aus den EuGH-Urteilen vom 19.03.19 eine „besonders hohe Schwelle der Erheblichkeit“ ableitet, um einen Verstoß gegen Art. 3 EMRK anzunehmen.

Jan-Hendrik Lange, 61A

## Eritrea

*OVG SL: „Ableitungskette“ bei Familienasyl nicht möglich / keine Verfolgung aufgrund Einberufung zum Nationaldienst*

### Redaktionelle Leitsätze

1. Keine generelle politische Verfolgung wegen drohender Einberufung zum Nationaldienst in Eritrea.
2. Ableitung von Schutz nach § 26 AsylG (Familienasyl) von Personen, die ihren Schutz selbst über § 26 AsylG erhalten haben (sog. „Ableitungskette“) ist nicht möglich.

Zu 1.: Eine begründete Furcht eritreischer Staatsangehöriger vor individueller politischer Verfolgung im Sinne des § 3 I AsylG bei einer Rückkehr nach Eritrea lässt sich nicht generell aus einer dort drohenden Einberufung zum Nationaldienst herleiten. Die Verpflichtung zur Ableistung des Nationaldienstes trifft im Wesentlichen alle eritreischen Staatsangehörigen. Eine Unterscheidung nach Rasse, Religion, Nationalität, politischer Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe findet insoweit nicht statt. Eine flüchtlingsschutzrelevante Verfolgung im Sinne des § 3 I AsylG ergibt sich auch nicht aus einer bei der Rückkehr nach Eritrea zu erwartenden Bestrafung wegen einer illegalen Ausreise und wegen der Nichtableistung des Nationaldienstes. Diese würde nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit an einen in §§ 3 I Nr. 1, 3b I AsylG genannten Verfolgungsgrund, insbesondere nicht an eine – auch nur unterstellte – politische Überzeugung, anknüpfen. Eine an die Wehrdienstentziehung anknüpfende Sanktion stellt auch bei totalitären Staaten grundsätzlich nur dann eine flüchtlingsrechtlich erhebliche Verfolgung dar, wenn sie gerade den Betroffenen darüber hinaus zusätzlich speziell wegen seiner Religion, seiner politischen Überzeugung oder wegen eines sonstigen asylrelevanten Merkmals treffen soll (vgl. etwa BVerwG, Beschluss vom 24.4.2017 – 1 B 22.17 –, NVwZ 2017, 1204). Es ist nicht festzustellen, dass in Eritrea die strafrechtliche Sanktionierung von illegaler Ausreise und Umgehung des Nationaldienstes mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit zielgerichtet eingesetzt wird, um betroffene Personen wegen einer ihnen, gegebenenfalls auch zu Unrecht, zugeschriebenen politischen Überzeugung zu treffen.

Zu 2.: Der § 26 IV 2 AsylG ist dahingehend weit auszulegen, dass die Gewährung von abgeleitetem Schutz nach § 26 AsylG von einem Familienangehörigen, der diesen Schutzstatus selbst über § 26 AsylG erhalten hat, nicht möglich ist (vgl. zu bereits nach § 26 AsylG a.F. unzulässigen Bildung sog. „Ableitungsketten“ BVerwG, Urteil vom 16.8.1993 – 9 C 7.93 –, NVwZ 1994, 504). (OVG Saarlouis, U. v. 04.04.2019 – 2 A 7/18 <5797588>, MiLo)

### BVerwG: Unwirksame Asylantragsrücknahme im Dublin-Verfahren Amtliche Leitsätze:

- 1.) Ein Antragsteller ist mit einem Schutzersuchen, mit dem er zielstaatsbezogene Gefahren geltend macht, die ihrer Art nach objektiv geeignet sind eine Anerkennung als Asylberechtigter oder eine Zuerkennung internationalen Schutzes zu begründen (materielles Asylbegehren i.S.v. § 13 Abs. 1 AsylG), auf das Asylverfahren vor dem Bundesamt zu verwei-

sen. Er hat kein Wahlrecht zwischen einer Prüfung durch die Ausländerbehörde und einer Prüfung durch das Bundesamt (Bestätigung der Rechtsprechung zu § 13 Abs. 1 AsylVfG a.F., vgl. BVerwG, Urteil vom 09.06.2009 - 1 C 11.08 = BVerwGE 134,124 <Rn. 34>).

2.) Nimmt ein Asylbewerber seinen Antrag auf internationalen Schutz unter Aufrechterhaltung eines Antrags auf Feststellung nationaler Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 und 7 Satz 1 AufenthG zurück, setzt die Wirksamkeit der Rücknahme die Darlegung voraus, dass das aufrechterhaltene Abschiebungsschutzbegehren nicht auf Gründe gestützt wird, die dem internationalen Schutz (Flüchtlingsschutz und subsidiärer Schutz) unterfallen.

3.) Über die Wirksamkeit der Rücknahme eines Asylantrags befindet für die Zwecke des Dublin-Verfahrens der Mitgliedstaat, der dieses Verfahren durchführt, nach seinem nationalen Recht.

BVerwG, U. v. 26.02.19 - 1 C 30.17 (<5816396>, MiLo).

### **Auswirkungen/Bedeutung für die Verfahrenspraxis:**

Bei einer Asylantragsrücknahme ist stets zu prüfen, ob im Ergebnis tatsächlich vollumfänglich das Begehren auf Schutz vor Gefahren aufgegeben wird, die dem internationalen Schutz unterfallen. Ist dem nicht so, liegt keine wirksame Asylantragsrücknahme vor und ist nicht das nach § 32 AsylG vorgesehene, sondern das nach § 31 AsylG vorgegebene Entscheidungsprogramm i.V.m. den dann einschlägigen Folgeentscheidungen umzusetzen.

### ***BVerwG: Abschiebungsanordnung gegen islamistischen Gefährder***

Amtlicher Leitsatz: Eine terroristische Gefahr im Sinne des § 58a Abs. 1 Satz 1 AufenthG setzt eine unmittelbare räumliche Beziehung zwischen den terroristischen Aktivitäten und der Bundesrepublik Deutschland nicht voraus.

Das BVerwG hat die Klage eines islamistischen Gefährders gegen die Abschiebungsanordnung des Hessischen Ministeriums des Innern als unbegründet abgewiesen. Der in Deutschland geborene und aufgewachsene Kläger ist türkischer Staatsangehöriger. In den zurückliegenden Jahren entwickelte er eine radikal-salafistische Einstellung und bekundete diese auch nach außen. Er nahm an Aktionen und Veranstaltungen der salafistischen Szene teil und pflegte Kontakte zu radikalen Salafisten. Bei ihm aufgefundene Gegenstände und Dokumente belegen seine Einstellung. Im Jahr 2017 beabsichtigte er konkret, sich zu Ausbildungszwecken im Ausland einer Terrormiliz anzuschließen. Umstände,

die das Risiko einer vom Kläger ausgehenden terroristischen Gefahr verringern, sind ebenso wenig ersichtlich, wie Anhaltspunkte für eine Deradikalisierung.

Das Gericht gelangte daher aufgrund einer auf Tatsachen gestützten Prognose zu der Auffassung, dass von dem Kläger weiterhin ein beachtliches Risiko einer terroristischen Gefahr i.S.d. § 58a I 1 AufenthG ausgeht, auch wenn den Sicherheitsbehörden noch kein konkreter Plan zur Ausführung einer terroristischen Gewalttat bekannt geworden ist. Die Annahme einer terroristischen Gefahr setzt keine unmittelbare räumliche Beziehung zwischen den terroristischen Aktivitäten und der Bundesrepublik Deutschland voraus, da terroristische Bedrohungen die Sicherheitsinteressen der Staatengemeinschaft und nicht allein desjenigen Staates gefährden, in dessen Gebiet sie nach dem Willen der terroristischen Kämpfer Platz greifen sollen. Die Abschiebungsanordnung ist verhältnismäßig und auch im Übrigen ermessensfehlerfrei. Höherrangiges Recht steht ihr ebenso wenig entgegen, wie § 60 I-VIII AufenthG (BVerwG, U.v. 06.02.19 - 1 A 3.18, MiLo).

### ***Äthiopien***

#### ***Politischer Wandel / Nachfluchtgrund / exilpolitische Betätigung***

VGH BY: Infolge der grundlegenden Änderung der politischen Verhältnisse in Äthiopien seit April 2018 brauchen Personen wegen ihrer Mitgliedschaft in einer in Deutschland exilpolitisch tätigen Organisation, die einer der in Äthiopien bis Sommer 2018 als Terrororganisation eingestuften Organisationen der Ginbot7, OLF oder ONLF nahesteht, oder wegen einer exilpolitischen Tätigkeit für eine solche Organisation bei Rückkehr nach Äthiopien grundsätzlich nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit flüchtlingsrechtlich relevante Verfolgungsmaßnahmen befürchten.

Im Fall einer vor diesen Veränderungen erfolgten Ausreise aus Äthiopien kann offen bleiben, ob bereits Verfolgung erlitten wurde oder drohte und ob deshalb an sich die Vermutung des Art. 4 IV RL 2011/95/EU zu berücksichtigen wäre. Denn selbst wenn man dies annimmt, sprechen infolge der grundlegenden Änderung der politischen Verhältnisse in Äthiopien nunmehr stichhaltige Gründe gegen die Wiederholung einer solchen Verfolgung.

Für das Vorliegen „stichhaltiger Gründe“ im Sinn des Art. 4 IV RL 2011/95/EU durch die die Vermutung der Wiederholung einer Vorverfolgung widerlegt wird, ist es nicht erforderlich, dass die Gründe, die die Wiederholungsträchtigkeit einer Vorverfolgung entkräften, dauerhaft beseitigt sind (U. v. 13.02.18 - 8 B 17.31645 <6025430>, MiLo).



## Keine anderweitige Verfolgungssicherheit für Gülen-Anhänger in Albanien

VG Hamburg: Dem VG liegen Berichte über einen stärker werdenden Einfluss der Türkei in Albanien vor sowie über Appelle türkischer Politiker, Albanien möge unverzüglich alle Institutionen – zum Beispiel Schulen – schließen, die der Organisation des türkischen Predigers Fetullah Gülen nahestehen.

Nach Auffassung des VG ist die Gefahr der Entführung türkischer Staatsangehöriger durch den türkischen Geheimdienst auf albanischem Staatsgebiet oder der inoffiziellen Abschiebung mit Unterstützung durch „Erdogan-freundliche“ albanische Beamte im Rahmen des § 27 III 2 AsylG nicht mit hinreichender Sicherheit auszuschließen.

Im Eilbeschluss verweist das VG auf mehrere Presseartikel, die darüber berichten, dass der türkische Staat im Ausland aktiv nach Gülenisten sucht und bereits mehrere Gülen-Anhänger aus 18 Ländern festgenommen und in die Türkei abgeschoben wurden, darunter aus Kosovo und Moldawien. Des Weiteren erklärte der albanische Staatspräsident im Mai 2018 öffentlich, dass Personen observiert werden, die Verbindungen zum Gülen-Netzwerk hätten.

Nach Bewertung des VG im Eilbeschluss kann derzeit nicht mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden, dass der albanische Staat die türkischen Bestrebungen gegen türkische Staatsangehörige in Albanien vorzugehen, die der Gülen-Bewegung zugerechnet werden, stoppen möchte oder nicht zulassen wird (VG Hamburg, vom 26.03.19, 2 AE 767/19 <7598137>, MILO).

*Die Redaktion*

## EU-Partnerbehörde: Griechenland – Greek Asylum Service (GAS)

Die 2013 gegründete griechische Asylbehörde GAS ist eine dem Ministerium für Migrationspolitik (Migrationsministerium) unterstellte Behörde mit einem Personalbestand von rund 700 Mitarbeitenden, darunter ca. 240 Entscheider. Hinzu kommen rund 200 von EASO unmittelbar einge-

stellte Mitarbeitende, die den GAS bei seinen Aufgaben unterstützen. Sie arbeiten in der Zentrale in Athen sowie in den 22 regionalen Asylämtern (Regional Asylum Offices) und Asylreferaten (Asylum Units).<sup>1</sup> Die Leitung des GAS obliegt dem Direktor, welcher für drei Jahre vom Minister für Migrationspolitik ernannt wird. Die Aufgaben des GAS beschränken sich auf das Kerngeschäft von Flüchtlingsämtern: Asylverfahren, Dublinverfahren sowie Widerrufsverfahren. Anträge auf internationalen Schutz werden ausschließlich in den regionalen Ämtern entgegengenommen, bearbeitet und entschieden. Eine Ausnahme bilden hierbei Anträge aus den Herkunftsländern Albanien und Georgien, für die eine örtliche Zentralzuständigkeit in Thessaloniki besteht. Sowohl bei albanischen als auch bei georgischen Staatsangehörigen besteht eine geringe Schutzquote in Griechenland. Eine weitere Besonderheit gilt für staatenlose Palästinenser aus Syrien. Diese können im sogenannten Fast-Track-Bereich ihr Asylverfahren durchlaufen und somit in deutlich kürzerer Zeit einen Bescheid erlangen.

Um ein Asylverfahren auf dem Festland zu beginnen, muss der Antragsteller zunächst via Skype Kontakt mit der jeweiligen Einrichtung vor Ort aufnehmen, um einen Termin für die Erstregistrierung zu vereinbaren. In diesem Rahmen werden die persönlichen Daten des Antragstellers sowie ein Foto aufgenommen. Dieses Vorverfahren (Pre-Registrierung) gilt seit Juli 2014 und ist dem hohen Flüchtlingsaufkommen und der damit verbundenen Überlastung der Behörden geschuldet. In einem nächsten Schritt erscheint der Antragsteller persönlich bei der Behörde. Es werden seine Fingerabdrücke genommen und mit der Datenbank EURODAC abgeglichen<sup>2</sup>, um die Zuständigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaates auszuschließen. Der Antragsteller erhält eine Karte, die ihm den Aufenthalt im Land für die nächsten sechs Monate gestattet und die verlängerbar ist, soweit der Interview-Termin nicht innerhalb dieser Zeit stattfinden kann.<sup>3</sup> Das Interview findet ebenfalls in den Räumlichkeiten des Asylamtes oder -referates und unter Audio-Aufzeichnung statt. Es wird dem Antragsteller am Ende der Anhörung vorgespielt, damit dieser seine Aussagen bestätigen kann. Nach der erstinstanzlichen Entscheidung durch den GAS gibt es eine weitere Prüfungsinstanz, die ebenfalls beim griechischen Migrationsministerium angesiedelt ist: die Widerspruchsbehörde (Appeal Committee). Hier kann der Antragsteller innerhalb von 30

1 Hellenic Republic – Ministry of migration policy – Asylum Service (2019): Regional Asylum Offices, [http://asylo.gov.gr/en/?page\\_id=49](http://asylo.gov.gr/en/?page_id=49) (Aufruf am 15.04.2019).

2 Außer bei Minderjährigen unter 15 Jahren.

3 Das Interview findet normalerweise erst ein Jahr nach der Registrierung des Antrags statt.

Tagen gegen eine (teilweise) negative Entscheidung (subsidiärer Schutz) klagen, was eine Verlängerung seiner Aufenthaltsgestattung bzw. -erlaubnis von zwei Monaten zur Folge hat. Lehnt auch diese Instanz ab, steht dem Antragsteller der weitere Rechtsweg (Administrative Court of Appeals) offen.

Die Zahl der Anträge auf internationalen Schutz steigt in Griechenland seit Jahren an. War sie im Jahr 2015 mit 13.187 noch vergleichsweise niedrig, so erfuhr sie eine massive Steigerung um 187,1 % im Jahr 2016 mit 51.053 Anträgen und eine weitere Erhöhung im Jahr 2017 mit 58.642 Anträgen.<sup>4</sup> Einen bedeutenden Teil der registrierten Asylanträge bilden Anträge auf Familienzusammenführung im Rahmen der Dublin-Verordnung sowie Anträge auf Umsiedlung in andere EU-Mitgliedstaaten durch das europäische Umsiedlungsprogramm.<sup>5</sup> Bis Ende 2018 verzeichnete der GAS schließlich 66.969 Anträge auf internationalen Schutz. Im gleichen Zeitraum wurde in erster Instanz in 12.611 Fällen der Flüchtlingsstatus zuerkannt und 2.578 Mal subsidiärer Schutz gewährt. Hauptherkunftsländer waren Syrien (13.390), Afghanistan (11.926), Irak (9.731), Pakistan (7.743) und die Türkei (4.834).<sup>6</sup>

Infolge der Massenmigration nach Europa und der Anlandung von über eine Million Migranten auf den griechischen Inseln der Ägäis in den Jahren 2015 und 2016 wurden sogenannte Hotspots (Reception and Identification Centers) auf den Inseln Chios, Kos, Leros, Lesbos und Samos eingerichtet. In den Hotspots prüfen der GAS und EASO Anträge auf internationalen Schutz in einem beschleunigten Verfahren (Border Procedure), welches nach Maßgabe des EU-Türkei-Abkommens durchgeführt wird. Das Verfahren auf den griechischen Inseln sieht vor, dass bei ankommenden Migranten mit Schutzbegehren zunächst in einem vorge-schalteten Verfahren geprüft wird, ob die Person bereits in der Türkei Schutz erlangt hat bzw. die Türkei für den Geflüchteten als sicherer Drittstaat angenommen werden kann. Sodann schließt sich im Sinne der Vereinbarung mit der Türkei entweder eine Rücküberstellung an oder es wird ein Asylverfahren in Griechenland durchgeführt. Ein Geflüchteter, der aufgrund seiner individuellen Situation nicht in die

Türkei überstellt werden kann, hat die Möglichkeit aus dem Grenzverfahren in das klassische Verfahren zu wechseln. Er kann jedoch auch sein Asylverfahren auf der Ägäisinsel zum Abschluss bringen.

Die griechische Regierung hat gemeinsam mit internationalen Akteuren, wie dem UNHCR, der EU-KOM und dem EASO Schritte unternommen, um die Mängel im griechischen Asylsystem zu beheben und insbesondere die Situation in den Unterkünften zu verbessern. Darüber hinaus sind im Asylverfahren Experten der Mitgliedstaaten, meist Entscheider, unterstützend im Einsatz. Die Möglichkeit im internationalen Umfeld das eigene nationale Know-how einzubringen, ist besonderer Ansporn und Anreiz für viele Mitarbeitende der europäischen Migrationsbehörden. Auch das Bundesamt beteiligt sich mit Entsendungen und stellte bislang kontinuierlich den durchschnittlich größten Anteil an entsandten Fachkräften.<sup>7</sup>

Auf der Homepage des griechischen Ministeriums für Migrationspolitik finden Sie weitere Informationen zum griechischen Asylverfahren auf Englisch: <http://asylo.gov.gr/en/>.

Anke Eckardt, 62F

4 Papoutsis, Anna (20.03.2019): Aktuelle Entwicklungen der griechischen Flüchtlings- und Asylpolitik, <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/287923/aktuelle-entwicklungen-der-griechischen-fluechtlings-und-asylpolitik>.

5 2016: 13.069, 2017: 20.613.

6 Konstantinou, Alexandros; Georgopoulou, Athanasia (Greek Council for Refugees): Country Report: Greece (Stand: 31.12.2018), [http://www.asylumineurope.org/sites/default/files/report-download/aida\\_gr\\_2018update.pdf](http://www.asylumineurope.org/sites/default/files/report-download/aida_gr_2018update.pdf).

7 Deutscher Bundestag: Drs. 19/810 vom 20.02.2018, S. 2.

Informationen hierzu:  
Informationsvermittlungsstelle@bamf.bund.de

## Veröffentlichungen anderer

### BTag:

- Fragen zur Menschenrechtssituation in Nigeria (Linke) BT-Drs. 19/9404
- Positive Anreize für die Rückkehrhilfe nach Syrien durch die Bundesregierung (Grüne) BT-Drs. 19/9596

**Rolf Gutmann**, Ausländerrechtliche Zerstörung der Familie?, NVwZ 5/2019, S. 257 ff.

**Stella Keil**, Update zur Haftung aus Verpflichtungserklärungen, Asylmagazin 4/2019, S. 101 ff.

### Demnächst lesen Sie:

- Aus der Rechtsprechung
- Blick zum Nachbarn

### IMPRESSUM

#### Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
ISSN 1869-1803  
Redaktion Entscheiderbrief  
Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg  
www.bamf.de  
poststelle@bamf.bund.de

Entscheiderbrief 4/2019 - 03.05.2019

#### Bezugsquelle:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
ee-brief@bamf.bund.de  
Download: [www.bamf.bund.de](http://www.bamf.bund.de) > Infothek > Publikationen

#### Erscheinungsweise:

elektronisch; Redaktionsschluss jeweils der 15. des Monats  
(Änderung nach Bedarf)

#### Gestaltung:

Petra Schiller, 62G

#### Bildnachweis:

Wolfgang Heindel, 61E

#### Verantwortlicher Leiter:

Michael Rosenbach, GL 62

Nachdruck und Nutzung nur nach Zustimmung des Herausgebers mit Quellenangabe und Belegexemplar. Kein Anspruch auf Veröffentlichung oder Manuskriptrückgabe.